Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 32.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 47. Freitag, 24. Februar 1933, abends. 86. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Deutscher Vorschlag in Genf abgelehnt

Der Schlußbericht für den Fernost-Konflikt angenommen.

Atmosphärische Störung in Genf.

Der Führer der deutschen Delegation in Genf, Botschafter Nadolny, hat sich unterfangen, in letzter Stunde den gesunden Menschenverstand gegen die starre Form durchsetzen zu wollen. In der Ueberzeugung, daß die Genfer Sachverständigen sich nicht der Erkenntnis verschließen würden, daß Heeresverfassung und Heeresmaterial voneinander untrennbare Begriffe seien, hat Botschafter Nadolny einen Abänderungsantrag zu dem festgelegten Diskussionsthema eingebracht.

Kurz und gut: Botschafter Nadolny hat noch einmal — nach Dutzenden vergeblicher Versuche — eine Anstrengung gemacht, die Abrüstungskonferenz endlich an den Kernpunkt des ihr zur Lösung gestellten Problems heranzubringen, da ganz offensichtlich die Gefahr bestand, die Konferenz werde abermals einer Entscheidung ausweichen und sich wieder in der Beratung sinnloser Formalien vergraben.

Der Erfolg dieser Anstrengung war eine offenkundige, peinlich vermerkte und — um der Wahrheit die Ehre zu geben — sonst bislang von dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz Henderson sorgfältig vermiedene Brüskierung des deutschen Vertreters.

Wenn man die Sache des gesunden Menschenverstandes gegenüber der Arroganz geistlosen Formalismus' verficht, so wird man auch versuchen müssen, die Schwere des formalen Verstoßes, der in jener Brüskierung lag, auf ihr richtiges Maß zurückführen zu müssen. Von den beiden beteiligten Parteien ist das bereits geschehen. Es gibt bei solchen Gelegenheiten immer die Möglichkeit, sich mit verschiedenen Auffassungen und mit der Verschiedenheit der Verhandlungssitten in den verschiedenen Ländern zu entschuldigen. Das ist geschehen und der Verdacht der Böswilligkeit, der einen Augenblick lang auftauchte, darf als unberechtigt erklärt werden.

Dafür darf die Tatsache nicht verschleiert oder bagatellisiert werden, daß dieser Zwischenfall eine durchaus natürliche und innerlich logische Auswirkung des atmosphärischen Spannungszustandes darstellte, der nunmehr seit rund 13 Monaten in Genf herrscht und der sich jedesmal dann in mehr oder minder gefährlichen Gewittern entlädt, wenn eine entschlossene Aktion Bewegung in die Stickluft der Verhandlungen bringt.

Es wäre gefährlich, sich darüber im unklaren zu sein, daß derartige atmosphärische Störungen aber auch einmal zu ernsteren Entladungen führen können, ja führen müssen, wenn sich die Praxis erneuern sollte, mit geschäftsordnungsmäßigen Manövern den Fortgang — oder richtiger gesagt: die Inangriffnahme der wirklichen Arbeit zu behindern. Wenn man auf Grund der letzten unerquicklichen Vorgänge in Genf dem englischen Präsidenten der Abrüstungskonferenz einen Vorwurf machen kann, so ist es der, in einem vielleicht nervösen Augenblick der Versuchung zum Rückzug auf diese Praxis zum Opfer gefallen zu sein.

Ein solcher Rückfall aus der immer noch nur allzu zaghaften Aktion in die Starrheit des Formalismus ist aber heute gefährlicher als irgend wann sonst in dem Jahrzehnt, in dem sich sieben vorbereitende Abrüstungskonferenzen mit der Aufgabe beschäftigt haben, aus Selbstverständlichkeiten Probleme zu machen. Nie hat in jenen Jahren Europa so sehr unter dem Druck akuter Konfliktsgefahren bestanden, wie in diesem Augenblick. Sie sind das Resultat des Verrats an der Idee der Abrüstung und sie werden nicht beschworen werden können, ehe nicht die Mächte, die vor 14 Jahren Deutschlands Entwaffnung erzwangen, um dann selbst abrüsten zu können, aufhören, den Bruch dieser ihrer feierlichen Zusicherung mit formalen Spiegelfechtereien gegen die Forderungen des gesunden Menschenverstandes und der weltgeschichtlichen Gerechtigkeit zu verteidigen.

Umorganisierung der Politischen Polizei in Preußen.

)(Berlin. Im Berliner Polizeipräsidium ist jetzt der Beginn gemacht worden mit einer **Umorganisierung der Abteilung I (Politische Polizei)**, die allmählich dem **Ministerium des Innern angegliedert** und **schlagkräftig ausgestattet** werden soll. Oberregierungsrat Dr. Diels vom preußischen Ministerium des Innern ist zum Leiter der Abteilung I im Berliner Polizeipräsidium ernannt worden mit dem Auftrage, diese Umorganisierung durchzuführen.

Der **neue Leiter der politischen Polizei** für Preußen, Oberregierungsrat **Diels**, ist etwa 35 Jahre alt. Er ist der Sohn eines angesehenen Landwirts aus Berghausen in Nassau und entstammt dem altliberalen Lager. Er wurde 1930 ins Ministerium des Innern berufen und hat von dieser Zeit ab die Bekämpfung und Beobachtung der kommunistischen Bewegung zur Aufgabe gehabt. Die Berufung dieses verhältnismäßig jungen Beamten auf einen so verantwortungsvollen Posten wird als der Anfang einer Verjüngung des preußischen Beamtenkörpers angesehen.

Nadolnys Replik vor der Abrüstungskonferenz.

)(Genf. Der Präsident der Abrüstungskonferenz erteilte **gleich zu Beginn der gestrigen Sitzung** des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz **dem deutschen Vertreter Botschafter Nadolny das Wort.**

Nadolny erklärte, daß er gestern nicht mehr die Möglichkeit gehabt habe, am Schluß der Debatte sich noch einmal genau über den Charakter des deutschen Vorschlages auszusprechen. **Er benutze die Gelegenheit, um heute auf die Bemerkungen, die verschiedene Redner gemacht hätten, zurückzukommen.** Man habe behauptet, daß der deutsche Vorschlag im Widerspruch stehe zur Entscheidung des Hauptausschusses vom 16. Februar. Nach diesem Beschluß solle der Hauptausschuß sich zunächst über den ersten Punkt des Fragebogens, den ein Redaktionskomitee aufgestellt habe, aussprechen. Punkt 1 des Fragebogens heißt: a) Ist der Hauptausschuß der Auffassung, daß die europäischen Festlandarmeen dadurch vereinheitlicht werden sollen, indem man sie auf Armeen mit kurzer Dienstzeit und geringen effektiven Waffen beschränkt. Diese Frage könnte, so führte Botschafter Nadolny aus, bejahend oder verneinend beantwortet werden. Der Hauptausschuß könne aber auch seine Antwort gewissen Bedingungen unterordnen, wenn er nämlich feststelle, daß einer sofortigen Entscheidung sich Hindernisse entgegenstellen. In diesem Falle könne er beschließen, daß diese Hindernisse zunächst ausgeschaltet würden und dann erst ein Beschluß über die Vereinheitlichung der Heerestypen gefaßt werde. Unter diesen Umständen glaube er, daß jede Delegation das Recht hat, jedes Argument geltend zu machen und jeden Vorschlag vorzubringen, der sie für nützlich hält. So habe die deutsche Delegation es getan.

Die deutsche Abordnung stelle sich völlig auf den Boden des englischen Arbeitsprogramms, nach dem die Effektivfrage erst an dritter Stelle stehe, dagegen die mit dem Hoover-Plan zusammenhängende grundsätzliche Abrüstungsfrage zunächst behandelt werden müsse. Der französische Vorschlag einer Vereinheitlichung des europäischen Heeressystems sei kein Abrüstungsvorschlag, sondern eine bloße Berechnungsmethode, deren Durchführung auf die größten Schwierigkeiten stoße und die Konferenz wieder in die frühere Phase uferloser Sachverständigenberatungen zurückwerfen würde. **Die deutsche Regierung lehnte es ab, zu dem französischen Plan Stellung zu nehmen, bevor nicht über wirksame Abrüstungsmaßnahmen, vor allem über die Beschränkung des Kriegsmaterials und die Herabsetzung der effektiven Truppenbestände, eine Entscheidung getroffen sei.** Die deutsche Abordnung halte ihren Vorschlag auf Ueberweisung des französischen Planes an den zuständigen Effektivausschuß und sofortige Behandlung der qualitativen Materialabrüstung uneingeschränkt aufrecht.

Staatssekretär Eden (England) beantragte, die Aussprache über den französischen Plan sofort zu eröffnen. Er begreife die deutschen Einwände nicht.

Der **italienische General Cavallero** verteidigte in einer langen Rede den italienischen Vorschlag, einen Redaktionsausschuß mit der Ausarbeitung eines dem französischen Vorschlag entsprechenden Fragebogens über die Kriegsmaterialfrage zu beauftragen, damit die Konferenz endlich die Entscheidung über das künftige Kriegsmaterial und die schweren Angriffswaffen der einzelnen Mächte treffen könnte.

Paul-Boncour erging sich in langatmigen Wiederholungen des bekannten französischen Standpunktes, aus denen wieder nur hervorging, **welchen Wert die französische Regierung auf die Zertrümmerung der deutschen Reichswehr legt.** Die Konferenz müsse sich entscheiden, ob sie die Vereinheitlichung der Heeressysteme wolle oder nicht.

)(Genf. Der **Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz** hat gestern nach Abschluß der Debatte **über die ihm vorgelegte Frage, ob die kontinentaleuropäischen Armeen in einen Einheitstypus mit kurzer Dienstzeit und beschränkten Effektivbeständen umgewandelt werden sollen, über die vorliegenden Anträge abgestimmt.** Die meisten Stimmen, nämlich 21, **erhielt der französische Vorschlag**, der u. a. besagt, daß allein ein Heeresstatut mit rein defensivem Charakter mit einem Sicherheitsregim vereinbar ist und daß in Kontinentaleuropa die Armee mit kurzer Dienstzeit und beschränkten Effektivbeständen der militärische Organisationstyp ist, der am meisten defensiven Charakter aufweise. **Ein italienischer Vorschlag, der sich an den französischen Vorschlag anlehnt, aber die Frage der Abrüstung des Kriegsmaterials erwähnt, erhielt nur 5 Stimmen.**

Der deutsche Vorschlag, wonach vor der prinzipiellen Entscheidung über die Vereinheitlichung der Heerestypen im Hauptausschuß die Frage der Abschaffung der besonders offensiven Waffen und die Begrenzung des zugelassenen Kriegsmaterials zu regeln sei, und daß das Komitee für die Personalbestände vorher die Bestimmungen zur Herabsetzung und zum Ausgleich der Streitkräfte im Sinne des Hooverplanes festsetzen möge, wurde abgelehnt. Für den deutschen Vorschlag stimmte lediglich Botschafter Nadolny.

)(Genf. Nach der Ablehnung des deutschen Vorschlages, über den zuerst abgestimmt wurde, gab **Botschafter Nadolny eine kurze Erklärung ab, in der er seine Sympathie mit dem italienischen Vorschlag aussprach**, der viele Elemente enthalte, mit denen die deutsche Delegation einverstanden sei, namentlich in bezug auf das Kriegsmaterial. Indessen werde er sich ebenso wie bei dem französischen Vorschlag auch bei der **Abstimmung über den italienischen Vorschlag der Stimme enthalten**, da die deutsche Delegation grundsätzlich der Auffassung sei, daß über die Vereinheitlichung des Heeressystems jetzt eine prinzipielle Entscheidung nicht stattfinden solle.

Die **italienische Vertretung** hat unverzüglich nach Schluß der Sitzung bei Henderson die **Anfrage gestellt, welche Bedeutung der Abstimmung beizumessen sei**, da im Hauptausschuß sämtliche 64 Konferenzmächte vertreten sind und dem Ausschuß in der Abstimmung nicht Gelegenheit gegeben war, die Ablehnung von Anträgen zum Ausdruck zu bringen.

Die **nächste Sitzung** des Hauptausschusses ist auf **Montag nachmittag** einberufen worden.

Der Fernost-Konflikt vor dem Völkerbundsrat.

Genf. (Funkspruch.) Die Völkerbundsversammlung hat den Schlußbericht, der die Praktiken für die Regelung des chinesisch-japanischen Konfliktes enthält, einstimmig angenommen. Der Vertreter Japans hat als einziger gegen den Bericht gestimmt.

*

Genf. (Funkspruch.) Die außerordentliche Völkerbundsversammlung trat heute vormittag unter dem Vorsitz des belgischen Außenministers **Hyman** zusammen, um ihre **letzten Entscheidungen im chinesisch-japanischen Konflikt zu treffen.** Es waren diesmal besondere Maßnahmen getroffen, um den ungeheuren Andrang des Publikums und der Presse zu dieser denkwürdigen Sitzung zu regeln. **Deutschland ist durch den Gesandten von Keller vertreten.**

Der Präsident eröffnete die Sitzung mit der Bekanntgabe der Zusammensetzung des Verhandlungsausschusses, der in dem, der Versammlung vorliegenden Bericht für die Regelung der einzelnen Streitfragen im chinesisch-japanischen Konflikt vorgesehen ist. Sodann gab der **Präsident eine Erklärung ab**, in der er betont, daß die Bemerkungen die die japanische Delegation zu dem Bericht eingereicht habe, vom Neunzehner-Ausschuß zur Kenntnis genommen worden seien, daß der Neunzehner-Ausschuß den Bericht aber nicht ändern könnte. **In der Beurteilung der Lage seien die Mitglieder des Neunzehnerausschusses vollkommen einer Meinung und sie hätten ihn deshalb beauftragt, zu erklären, daß sie darauf verzichteten, in den Verhandlungen das Wort zu ergreifen.**

Der Präsident erteilte zuerst dem Vertreter Chinas, **Botschafter Dr. Yen**, das Wort.

Botschafter Dr. Yen führte aus, er ergreife mit einem Gefühl der Erleichterung das Wort, weil der Völkerbund jetzt endlich dazu gekommen sei, die Verletzung des Völkerbundspaktes, die durch ein hervorragendes Mitglied des Völkerbundes begangen worden sei, zu verurteilen. Es erfülle ihn mit großer Genugtuung, daß die Sache und die Politik seines Landes gerechtfertigt worden seien. Er wies darauf hin, daß in dem Bericht des Neunzehnerausschusses die Mandschurei als ein integrierender Bestandteil Chinas anerkannt werde. Die chinesische Delegation stelle mit besonderer Genugtuung fest, daß der Völkerbund in der Frage der Nichtanerkennung des neuen Mandschureistaates fest bleibe. Der Vertreter Chinas schloß seine Ausführungen mit folgender feierlichen Erklärung:

Die chinesische Regierung wird für den Bericht stimmen. Ich kündige zu gleicher Zeit an, daß gemäß den Instruktionen, die ich erhalten habe, die chinesische Delegation nach der Annahme des Berichtes durch die Versammlung den Generalsekretär des Völkerbundes unterrichten wird, daß die chinesische Regierung ohne Vorbehalte die Empfehlungen, die der Bericht enthält, annimmt. Wenn dagegen Japan den Bericht nicht annimmt, sondern den Bericht und seine Empfehlungen ablehnt, so würden dadurch die Rechte Chinas als Streitpartei, die sich aus dem § 6 des Artikels 15 der Völkerbundssatzung ergeben, in keiner Weise berührt.

Nach Dr. Yen erteilte der Präsident dem **Vertreter Japans, Botschafter Matsuoka**, das Wort.

SLUB
Wir führen Wissen.